

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/22

Hannover, 20. Februar 1948

Politik auf weite Sicht

Zur Kasseler Tagung der SPD

P. R. Schlen für die SPD nach der Neuordnung der westdeutschen Wirtschaftsverwaltung die gleichen Richtlinien gelten wie bisher? Diese Kernfrage der Kasseler Tagung ist mit rund einer Fünftel-Mehrheit bejaht worden. Die SPD bleibt also in der Opposition, sie wird keinen Posten im Direktorium übernehmen.

Einwände gegen dieses Vorhaben wurden, wie sich an dem Abstimmergebnis zeigte, vorgebracht, aber, und das war recht bezeichnend, wirkungsvoller eigentlich von dem, der sie danach selbst entkräftete, als von den eigentlichen Verfechtern der entgegengesetzten These einer notwendigen Mitarbeit. Erich Ollerhauer nannte als Gründe, die immer wieder für eine Änderung der bisherigen Haltung geltend gemacht worden sind, die folgenden drei:

1. Die SPD würde der bürgerlichen Mehrheit allein den Aufbau des Verwaltungsapparates überlassen und es würde damit im wesentlichen von der CDU eine administrative Machtstellung aufgebaut werden können, die zu erschüttern später einmal sehr schwer sein werde.

2. Der Hinweis auf die besonderen Schwierigkeiten sozialdemokratischer Wirtschaftsminister in den Ländern gegenüber einer mit einer CDU-Mann besetzten Spitze der bizonalen Wirtschaftsverwaltung.

3. In Frankfurt sei eine Trennung zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik für die SPD manchmal recht schwer, weil sie in gewissen Fragen ihre Zustimmung nicht verweigern könne oder nur wolle, sich ihre Oppositionsstellung also, weil sie bedingt sei, nur verhältnismäßig schwach auswerten könnte.

Dieser letzte Einwand wiegt vielleicht am schwersten. Er würde aber nur dann Geltung haben, wenn die SPD eben durch ihre Oppositionsstellung um die Möglichkeit von praktischen Erfolgen in wesentlichen Fragen gebracht würde. Es hat sich aber gezeigt, daß die Frankfurter Mehrheit der bürgerlichen Parteien unter der Führung der CDU zuverlässig funktioniert, so daß die SPD auch bei der Mitübernahme von Regierungsämtern keine Aussicht hätte, wesentliche Forderungen durchzusetzen, gleichzeitig für alles aber die formelle Verantwortung tra-

gen müßte. Was den zweiten Einwand betrifft, so ist mit Recht darauf verwiesen worden, daß dieser Gegensatz zwischen der Zentrale und den Ländern in jedem nicht rein zentralistischen Staat eine Rolle spielen wird. Wir haben auch während längerer Jahre der Weimarer Republik die gleiche Erscheinung gehabt, sie wurde als störend, aber schließlich als kaum vermeidbar empfunden. Im Übrigen bleibt die Antwort auf die Frage, ob die Partei in den Regierungen der Länder mitarbeiten will, in weitestem Umfange den Länder-Fraktionen der SPD überlassen. Zum ersten Einwand schließlich wurde überzeugend nachgewiesen - und damit kam man zum Kernpunkt der Gegenargumentation - daß man seine Entscheidung nach achten politischen und nicht nach administrativen Gesichtspunkten zu fällen habe.

Diese Entscheidung nun, die wie jede politische nicht nur nach der Gegenwartssituation, sondern auch im Hinblick auf künftige Entwicklungsmöglichkeiten bzw. -wahrscheinlichkeiten gefällt werden muß, war Mittelstück aller Überlegungen bei den Kasseler Beratungen. Wenn die SPD sich zur Konzeption Schumachers mit so überwältigender Klarheit bekannte, so ist das Übrige zu einem guten Teil eine Folge der Politik der CDU vor allem im vergangenen dreiviertel Jahr.

Diese Partei hat eine höchst unerschütterliche Personalpolitik getrieben, sie hat sich immer klarer als klassenbewußte Vertreterin der Sachwertbesitzer gezeigt, sie ist - "eine Partei des schlechten Gewissens und des billigen Lippenrot", nannte sie einmal Schumacher - trotz aller beschönigenden Formeln, mit denen sie unerfreuliche Tatbestände und peinliche Selbstenthüllungen zu verschleiern sucht, eine Partei, in der die reaktionären Elemente absolut tonangebend sind. Durch die Erweiterung der Bizone zur Trizone würde sich das Frankfurter Kräfteverhältnis weiter erheblich zu ihren Gunsten verbessern. Für die SPD aber könnte es keine unvernünftigeren Politik geben, als die, sich von den Wagen einer Partei spannen zu lassen, die in jeder wichtigen Frage entgegengesetzter Ansicht ist, sachlich gar nicht mit sich reden lassen will und die im Grunde nur darauf aus ist, ihre Machtstellung auszubauen. Ihr Ziel ist, das hat sich gerade in den letzten neun Monaten klar gezeigt, im Interesse einer bestimmten Schicht des deutschen Volkes, Besitz, der aus dem deutschen Zusammenbruch gerettet wurde, zu verteidigen und einen wirksamen, breit verteilten Lastenausgleich in dem Moment zu sabotieren, wenn der Versuch gemacht werden soll, von unverbindlichen Deklamationen zu praktischen Maßnahmen zu gelangen. Sie ist eine Partei, die schließlich heute bereits wieder eifrig um die Erweckung eines neuen Nationalismus bemüht ist, weil sie glaubt, mit solchem Appell an einen gefühlsbetonten Patriotismus die Einbuße wettmachen zu können, die ihr durch ihre sozialreaktionäre Haltung als sehr greifbare Gefahr vor Augen steht.

Kompromiß und Koalitionsbereitschaft sind dann echte demokratische Möglichkeiten oder Notwendigkeiten, wenn sie auf der Voraussetzung eines ehrlichen Willens zur Zusammenarbeit aufgebaut sind. Sie werden zu Torheit und Widersinn, wenn diese Voraussetzung fehlt. Deshalb muß die SPD unsofort entschlossener an der Schaffung von Voraussetzungen arbeiten, die einmal die Wirklichkeit eines demokratischen Sozialismus schaffen werden.

Frankreichs schwierige Lage

A.F. Paris, im Februar

Die Regierung Schumann bemüht sich seit beinahe drei Monaten verzweifelt um die Gesundung der französischen Wirtschaft durch Anpassung der Verhältnisse an die Wirklichkeit: Währungsabwertung, Lohnaufbesserungen, Angleichung der Industrie- an die Agrarpreise unter Aufgabe schwerfälliger Preiskontrollen, ausgeglichener Staatshaushalt, rücksichtslose Sparmassnahmen, teilweise Abschöpfung des Geldüberhangs durch eine Zwangsanleihe, schliesslich Erschwerung des Schwarzmarktes und steuerliche Heranziehung seiner Grossverdiener über die Einziehung der 5000-Franken-Noten.

Das Wirtschaftsexperiment ist, noch nicht voll entwickelt, bereits in ernster Gefahr, weil die Preise, besonders für Lebensmittel, seit Ende Januar einen wahren Wettlauf nach oben begonnen haben. Die Erklärung lässt sich lediglich in einer gewissenlosen Spekulation durch den Handel und teilweise auch der Landwirtschaft finden. Die gegen die Nutzniesser der Spekulation gerichteten Massnahmen - Zwangsanleihe und Einzug der 5000-Franken-Noten - wurden von Handel, der Industrie und in geringerer Umfange auch von den Bauern sofort auf die Verbraucher umgelegt. Damit wird das im Dezember so mühsam erkaufte Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen erneut zerstört. In der ersten Februarwoche ist zum Beispiel der Preis für Salat beim Bauern um 5 fr. pro Kilo gestiegen, beim Kleinhändler um 26 fr., der für Zwiebel ist um 20 fr. beim Bauern gefallen, für den Verbraucher aber trotzdem um mehr als 10 fr. teurer geworden. Kleiderstoffe sind um 25 bis 30% gestiegen. Dieser wenigen Beispiele beweisen, dass die neue Inflationswelle lediglich das Ergebnis einer egoistisch bedingten Spekulation ist.

Diese Entwicklung ist umso bedauerlicher, als die Gesundung der französischen Wirtschaft jetzt in Reichweite liegt. Das Devisenproblem ist durch den Marshallplan und die Mobilisierung des französischen Fluchtkapitals weitgehend gelöst. Die französische Landwirtschaft findet langsam ihren Vorkriegsstand wieder und für 1948 sind die Ernteaussichten ausgezeichnet. Die Fortschritte der Industrie sind weit beachtlicher als es die allgemeine Lage des Landes glauben lässt. Die Kohlengruben konnten im Januar mit einer Rekordförderung von 4,75 Mill. t den Durchschnitt von 1918 um rund 20% übersteigen. Dank des milden Winters übertrifft die Leistungsfähigkeit der Elektrizitätswerke den augenblicklichen Strombedarf. Die bessere Energieversorgung - die Aufnahme der Kohleneinfuhr aus England fällt dabei auch ins Gewicht - ermöglicht eine Steigerung der Industrieproduktion und damit eine Verringerung des inflationistischen Preisdruckes.

Alle diese positiven Faktoren können sich nicht entfalten, wenn durch eine allmächtige Spekulation sämtliche Wirtschaftsgesetze gefälscht werden. Dabei ist es leider fraglich, ob sich die Regierung mit Kontrollmassnahmen und Lebensmitteleinfuhren gegen diese Spekulation durchsetzen kann.

Das Scheitern des Wirtschaftsexperiments hätte schwerwiegende politische Folgen. Die politischen Nutzniesser der wirtschaftlichen Unsicherheit und der Spekulation können aber nur die Kommunisten und die Gaullisten sein. Die Gewerkschaften, selbst die an sich gemäßigten Kreise in den christlichen und sozialistischen Verbänden - werden immer unruhiger und bereiten neue Lohnforderungen vor. Lohn erhöhungen und eine etwaige zweite Streikwelle sind heute aber weder wirtschaftlich noch politisch tragbar.

Die Erfolgsaussichten der Kommunisten sind, politisch gesehen, nach wie vor gering. Sie verfügen kaum noch über Machtpositionen. Im Hintergrund aber wartet General de Gaulle. Er ist, mit Recht, davon überzeugt, dass ein etwaiger Misserfolg der Regierung Schuman sein sicherster Wegbereiter zur Macht sein wird.

Labours "Nein" zum Haag-Kongress

(Eigenbericht) London, im Februar

Nicht nur in England allein hat die Aufforderung der Labour Party an ihre Mitglieder, sich an dem für den 21. Mai nach den Haag einberufenen Europa-Kongress nicht zu beteiligen, starke Beachtung gefunden. Winston Churchill, der Begründer des Komitees für ein Vereintes Europa, hat sich inzwischen bemüht, die Aufhebung dieses Verbotes zu erreichen. Aber Attlee und Shinwell, an die er sich gewandt hatte, lehnten jegliche Intervention ab und Morgan Philipps, der Generalsekretär der Labour Party, bekräftigte den Beschluß der Labour Party. Morgan Philipps führte an, die Labour Party sei überzeugt, daß die Erholung Europas im hohen Grade von der Ausbreitung der Ideen und der Praktiken abhängt, für die die Sozialisten stets gekämpft haben. Die Labour Party spiele bei dem Bemühen, eine engere europäische Zusammenarbeit zu erzielen, eine führende Rolle. Sie habe zu diesem Zweck eine Konferenz der Sozialistischen Parteien Westeuropas einberufen, um deren Anstrengungen im Rahmen des Wiederaufbau-Programms koordinieren zu können. "Die vorgeschlagene Zusammensetzung des Haager Kongresses scheint uns", so sagte Morgan Philipps wörtlich, "zum Widerspruch herauszufordern: Vor allem aber raubt die Zusammensetzung der englischen Delegation aus 16 Parlamentmitgliedern und 87 unabhängigen Persönlichkeiten, die auf unbekannte Weise ausgewählt wurden, dem Kongress jeden wirklich repräsentativen Charakter. Die Lauterkeit einiger der Teilnehmer steht außer Zweifel. Aber es ist, wie der "Manchester Guardian" sagt: "Es genügt nicht, einen großen Regenschirm zu haben. Man möchte auch gern wissen, wer ihn hält".

In einem Leitartikel des "Daily Herald" wird die Haltung der Labour Party mit dem Hinweis auf die Unteilbarkeit der sozialistischen Einstellung erklärt. "Wir glauben, daß der demokratische Sozialismus, würde er in der ganzen Welt angewandt, das einzige wirklich sichere Mittel für friedlichen Fortschritt und die Dauererhaltung der menschlichen Freiheit bilden würde. Winston Churchill hat den Sozialismus zuhause wie auswärts. Wieso kann er also erlauben sein, daß die Labour Party ihren Mitgliedern abrät, sich an seinen Komitee und an dem vorgeschlagenen "Europa-Kongress" zu beteiligen? Sozialistische Anhänger seiner Bewegung in England und anderswo mögen darüber nachdenken, daß sie von ihm lediglich als erwünschte Propaganda-Waffe gegen die englische Regierung benützt werden sollen."

(wi/202/ks)

20.2.1948

Zweimal Prag

Am 2. Juni 1848 trat in Prag ein Kongreß der in der Habsburger Monarchie lebenden slawischen Völker zusammen. Es waren: Tschechen, Polen, Südslawen. Russen und Bulgaren nahmen nur als Gäste teil. Es war der erste allslawische Kongreß überhaupt. Neben einer durchaus ernst gemeinten Loyalitätsklärung an die Adresse "Österreich-Ungarn" und einer Absage auf die Einladung des Frankfurter Parlaments, Vertreter nach Frankfurt zu entsenden, wurden slawische Probleme innerhalb der Donau-Monarchie beraten. Palacky, Geschichtsschreiber und Führer des tschechischen Patriotismus, sprach die Sehnsucht aus: "Die Slawen wollen sich zu ihrer großen Familie bekennen". Und der polnische Fürst Lubomirski: "Das Slawentum bringt als neuen Standpunkt die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Völker nach Europa."

100 Jahre später, vor wenigen Tagen, sahen die Neuern des hundertjährigen Prags wieder eine "kleine" allslawische Kundgebung. Teilnehmer: Tschechen, Polen, Südslawen. Aber diesmal nicht mehr vertreten durch unbestaltete Volkshelfer, sondern durch - Außenminister. Welch eine Entwicklung in 100 Jahren, allein ausgedrückt im beruflichen Charakter der Wortführer von damals und der von heute!

Am augenscheinlichsten hat sich Palackys Sehnsucht erfüllt, denn: den Ostblock anders als eine jänslawistische Angelegenheit zu betrachten, hieße, das Geschehen verkennen, das sich unter der russischen Führung im Karbonendekader des letzten Krieges im Raum der slawischen Völker vollzogen hat. Freilich, von Hammer und Sichel konnte Palacky damals noch nichts ahnen; war er doch selbst dem zaristischen Absolutismus ein unerbittlicher Gegner. Lubomirskis ideellistischer Dreiklang aber mußte der Erfüllung der Sehnsucht Palackys geopfert werden. Die Freiheit, wie Lubomirski sie meinte, ist in Polen und Südslawien ein anfechtbarer, in der Tschechoslowakei ein angefochtener Begriff geworden und vor der Brüderlichkeit mag zwischen Polen und der Tschechoslowakei im Streit um das Teschener Land, der immer noch hinter verschlossenen Türen ein auch von Stalin unausrottbares Dasein führt, nicht allzu viel übrig sein. Nur die Gleichheit ist geblieben. Vor allem, was wahrscheinlich Polen und Tschechen am bittersten empfinden werden, die Gleichheit des unentrinnbaren Schicksals im östlichen Block.

Von den Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit war daher in Kommuniqué von 1948 nicht mehr die Rede. 1848 richtete man eine Absage an das Frankfurter Parlament, 1948 eine Kampfansage gegen die Frankfurter Charta und gegen die Absicht der westeuropäischen Völker, ihre Kriegswunden nach dem Marshall-Plan zu heilen. Dies und der Bevin-Plan laufen, wie es in der Prager Entschlieung heißt, "den Sicherheitsinteressen und dem Wiederaufbau der europäischen Nationen zuwider". Welch ein Unterschied in den Entschlieungen von 1848 und dem Kommuniqué von 1948! Zumindestens die Bescheidenheit von 1848 hat man aufgegeben. Aber vorher schon die Freiheit, eine andere Entschlieung überhaupt zu fassen. Denn Dekktion und Inhalt des Kommuniqués weisen östlicher als nach Prag.

Der Labour-Sieg in Paisley

(Eigenbericht), London, im Februar

"Schau auf Paisley", dieses Wort des grossen englischen Staatsmannes Disraeli, hatte bei der soeben durchgeführten Nachwahl zum englischen Unterhaus eine ganz besondere Bedeutung. Konservative und Liberale hatten nämlich erstmals seit den Wahlen von 1945 einen gemeinsamen Kandidaten nominiert, um bei der Ersatzwahl für den der Labour Party angehörenden Viscount Corvedale unter allen Umständen die Wahl des Labour-Kandidaten Douglas Johnston zu verhindern. Johnston wurde trotz der gemeinsamen Anstrengungen der Opposition gewählt und erhielt oben-drein mit 27.213 Stimmen eine um rund 800 Stimmen grössere Mehrheit als Viscount Corvedale bei den Wahlen 1945. Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als Johnston's Gegner ihre Wahlkampagne unter dem Motto "Kure bürgerlichen Freiheiten sind bedroht" geführt hatten und wenige Tage vor der Wahl Sir Stafford Cripps den Lohnstop in England verkündet hatte. (202/2/ae/wi)

Wissenschaftliche Forschung unter den Nazis

Einen aufschlussreichen Überblick über die wissenschaftliche Forschungsarbeit während des Nazi-Regimes vermitteln Veröffentlichungen, die von den Intelligenz-Büros Englands, Frankreichs und Amerikas herausgegeben werden und von denen soeben die ersten fünfzig Bände erschienen. Sie enthalten Beiträge namhafter deutscher Wissenschaftler. So schrieb der Atomforscher Bände über die Forschung auf dem Gebiet der kosmischen Strahlen, der Entdecker eines der interessantesten Methoden zur Spaltung von Isotopen, Clausius, berichtet über die physikalische Chemie, und der bekannte Chemiker Richard Kuhn über Biochemie. Von Zetzsche stammt ein Beitrag über Psychiatrie. (3/B65/202/2/ae)

Heinkehrer-Entlassungen nach Munster-Lager

sp. In der Zeit vom 18.1.1948 bis zum 1.2.1948 trafen im Lager Munster der britischen Zone nach einer vierwöchigen Ruhepause zwei Heinkehrertransporte aus Russland in Stärke von 2.419 Mann ein.

Aus Grossbritannien	8.267 Mann
aus englischen Dienstgruppen (Dänemark und Holland)	107 Mann
aus Frankreich	5.075 Mann.

Alle übrigen Gewährsmländer haben in dieser Zeit Entlassungen nach der britischen Zone nicht vorgenommen. Aus Grossbritannien ist in nächster Zeit mit täglichen Transporten zu rechnen. Ferner rechnet man mit einer verstärkten Heinkehrerquote aus Frankreich. Aus den Gewährsmländern Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei wurden Heinkehrertransporte nicht gemeldet. (b/B1/202/2/ae)

Verantwortlich: Peter Braunau